

Mag. Norbert Totschnig, MSc
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-1.046.852

Ihr Zeichen: 4294/J-NR/2025

Wien, 17. Februar 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Thomas Spalt, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. Dezember 2025 unter der Nr. **4294/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Kosten des Sachstandsberichts Klimawandel“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 12:

- Wie hoch waren die Gesamtkosten der Erstellung des Berichts, einschließlich Finanzierung durch den Klima- und Energiefonds, Koordination, redaktionelle Bearbeitung, grafische Umsetzung und Begutachtungen?
- Wie viele Mitarbeiter waren direkt oder indirekt an der Erstellung beteiligt?
 - a. Aus welchen Institutionen stammen sie?
 - b. Welche öffentlichen Mittel wurden für die Erstellung des Berichts eingesetzt?
- Wie stellen die Verfasser sicher, dass der Bericht wissenschaftlich neutral und frei von politischer Einflussnahme erstellt wurde – insbesondere angesichts der Finanzierung durch den Klima- und Energiefonds, der dem Klimaministerium untersteht?
- Gab es während der Erstellung Interventionen oder inhaltliche Vorgaben durch politische Kabinette oder Ministerien?

- Welche wissenschaftlichen Gegenpositionen oder alternativen Modelle wurden berücksichtigt – insbesondere im Hinblick auf wirtschaftliche Unsicherheiten, Modellabweichungen und Klimaprojektionen?
- Wie wird künftig gewährleistet, dass Berichte dieser Art unabhängig und plural erstellt werden – also nicht ausschließlich durch vom Klimaministerium finanzierte Akteure, sondern unter Einbindung unterschiedlicher wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Sichtweisen?
- Welche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder Interessenvertreter waren an der Erstellung oder Begutachtung beteiligt?
 - a. Nach welchen Kriterien wurden diese ausgewählt?
- Müssen diese NGOs ihre Finanzierungsquellen und Geldgeber offenlegen und wie wird ihre Neutralität und Unabhängigkeit überprüft?
- In welchem Umfang flossen Daten, Einschätzungen oder Positionen von NGOs in die Analyse und Empfehlungen des Berichts ein?
- Welche Kosten-Nutzen-Berechnung liegt den vorgeschlagenen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zugrunde – insbesondere hinsichtlich der Folgen für Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und private Haushalte?
- Welche konkreten finanziellen Belastungen entstehen für Betriebe, Haushalte und Bürger, wenn die im Bericht genannten Reduktionsziele bis 2040 umgesetzt werden?
- Wurden internationale Vergleichsdaten zu den wirtschaftlichen Auswirkungen ähnlicher Klimapolitiken herangezogen (z.B. Energiepreise, Produktionsverlagerungen, Arbeitsplatzverluste)?

Der Klima- und Energiefonds hat als Fonds öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit die Erstellung des zweiten Österreichischen Sachstandsberichts zum Klimawandel sowie die begleitenden Aktivitäten beim Austrian Panel on Climate Change (APCC) beauftragt, siehe dazu www.klimafonds.gv.at/projekt/aar2. Der Bericht wurde unabhängig durch die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erstellt. Eine detaillierte Darstellung zum gesamten Prozess einschließlich der beteiligten Personen und der Stakeholder- und Review-Prozesse findet sich im Bericht, siehe <https://aar2.ccca.ac.at/de>.

Seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft wurden für dieses Projekt keine gesonderten finanziellen Mittel aufgewendet.

Zu den Fragen 13 bis 16:

- Wie wird verhindert, dass Österreich im globalen Wettbewerb durch einseitig verschärfte Maßnahmen („Goldplating“) benachteiligt wird?
- Der Bericht fordert tiefgreifende Eingriffe in die Raumplanung und verweist auf eine notwendige Anpassung der rechtlichen Grundlagen. Welche verfassungsrechtlichen Änderungen wären aus Sicht der Autoren erforderlich, um Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu zu regeln?
 - a. Auf welcher demokratischen Legitimation soll ein solcher Umbau der föderalen Strukturen beruhen?
- Wie soll eine „klimakompatible Raumplanung“ gestaltet werden, ohne das verfassungsgesetzlich garantierte Eigentumsrecht und die Planungshoheit der Länder und Gemeinden zu verletzen?
- In welchem Umfang sieht der Bericht staatliche Steuerungsmechanismen oder Verbote vor – etwa bei Siedlungsentwicklung, Verkehr oder Energieversorgung – und wie werden diese mit der wirtschaftlichen Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs vereinbart?

Der zweite Österreichische Sachstandsbericht zum Klimawandel ist eine umfassende, interdisziplinäre Analyse des Klimawandels und seiner Auswirkungen in Österreich. Er fasst den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zusammen, beschreibt die Auswirkungen auf Österreich und zeigt auf, wie Treibhausgasemissionen gesenkt, Risiken minimiert und notwendige Veränderungen nachhaltig und sozial verträglich umgesetzt werden könnten. Die im Sachstandsbericht zusammengefassten Erkenntnisse können von den jeweils relevanten Stellen im Rahmen bestehender Maßnahmenpläne und strategischer Dokumente als fachliche Informationsgrundlage herangezogen werden. Aus dem Bericht ergeben sich per se keine neuen verbindlichen bzw. über das Unionsrecht hinausgehende Vorgaben.

Mag. Norbert Totschnig, MSc

